



An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/257

A06

18. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Herrn Prof. Dr. Andreas Pinkwart MdL der FDP-Fraktion erbetenen Bericht zum Thema „Schlussfolgerungen zur Rede ‚State of the Union‘ für NRW“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Nathanael Liminski



Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei des
Landes Nordrhein-Westfalen für die Sitzung des
Ausschusses für Europa und Internationales
am 21. Oktober 2022

„Schlussfolgerungen zur Rede ‚State of the Union‘ für NRW“

Am 14. September 2022 hielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg ihre dritte Rede zur Lage der Europäischen Union. Die Rede zog Bilanz aus dem Arbeitsprogramm des Vorjahres und wurde von der Veröffentlichung einer Absichtserklärung („Letter of Intent“) an die Präsidentin des Europäischen Parlaments, MdEP Roberta Metsola, und den tschechischen Ministerpräsidenten, Petr Fiala, für den aktuellen Vorsitz im Rat begleitet, die ebenfalls zentrale politische Aspekte und neue Initiativen für 2023 benennt.

Die Europäische Kommission setzt den inhaltlichen Kurs der letzten Jahre fort. Der Fokus liegt in diesem Jahr jedoch aufgrund der aktuellen politischen Lage vor allem auf Energiefragen. Auch alle weiteren Vorschläge leiteten sich aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ab. Die Kommissionspräsidentin kündigte Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise und zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland an, z. B. durch Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern und Investitionen in Erneuerbare Energien wie Wasserstoff. Darüber hinaus sicherte sie der Ukraine und ihrer Bevölkerung weiterhin die Unterstützung der Europäischen Union zu. Von der Leyen bekannte sich zudem klar zum EU-Beitritt für die Staaten des Westbalkans, die

Ukraine, Moldau und Georgien, blieb aber mit Blick auf die konkrete Umsetzung vage.

Zu anderen bislang im Mittelpunkt stehenden Themen wie Green Deal/Fit for 55, Verteidigung und Cybersicherheit, Migration, Rechtsstaatlichkeit, Digitales und Verkehr bot die Rede im Vergleich weniger Substanz. Auch aufgrund des Krieges aktuelle Themen wie Verteidigungspolitik und Ernährungssicherheit blieben weitgehend unerwähnt. Mit Blick auf den auch von Seiten der Landesregierung intensiv begleiteten Prozess zur Zukunft Europas kündigte von der Leyen konkretere Vorschläge erst für das kommende Jahr an. Ursprünglich waren diese für September 2022 terminiert. Die institutionelle Rolle der regionalen Ebene wurde in diesem Zusammenhang nicht thematisiert.

Die Rede „State of the Union“ bildet traditionell den Auftakt zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das folgende Jahr. Das Programm 2023 wurde am 18. Oktober 2022 veröffentlicht. Die Landesregierung wertet dieses nun im Detail aus und leitet daraus entsprechende Schlussfolgerungen für die europapolitischen Aktivitäten Nordrhein-Westfalens ab. Wie auch schon in den letzten Jahren wird die Landesregierung dem Landtag gemäß Parlamentsinformationsvereinbarung zu Beginn des nächsten Jahres dann ihre Bewertung des Arbeitsprogramms sowie damit verbunden die Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung Nordrhein-Westfalens vorlegen.